
Helmuth Berking

Über die Zivilisierung ökonomischer Eliten



Dr. Helmut Berking, geb. 1950 in Elsen, Studium der Sozialwissenschaft in Göttingen und Berlin, von 1994 bis 1998 Dozent an der Northwestern University in Chicago/USA, lehrt Soziologie in Berlin.

I.

Nie zuvor produzierte die Weltwirtschaft einen größeren Überschuss an Waren, Geld und Reichtum. Doch nur wenige profitieren davon. Immer aufs neue nämlich bestätigen sich der Markt und das freie Spiel der Kräfte als jene nützliche Fiktion, die nicht allen gleichermaßen nutzt. Während die Unternehmens- und Kapitalgewinne unentwegt steigen, schrumpfen nationale Steuereinkommen, aus denen die sozialen Netze finanziert werden. Der Bericht der Vereinten Nationen über die menschliche Entwicklung (UNDP 1997) stellt fest, dass sich das Einkommensgefälle zwischen den 10 reichsten und den 10 ärmsten Prozent der Weltbevölkerung allein in den achtziger Jahren nahezu verzehnfachte. Während der Anteil des reichsten Fünftels am globalen Einkommen zwischen 1960 und 1989 von 70 auf 83 Prozent steigt, fällt jener des ärmsten Fünftels der Weltbevölkerung von 2,3 auf 1,4 Prozent. 80 Prozent der Weltbevölkerung teilen sich nun 17 Prozent des erwirtschafteten Einkommens. 1,3 Milliarden Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze, 1,2 Milliarden haben keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser, mehr als eine halbe Milliarde hat wenig Chancen, das 40. Lebensjahr zu erreichen, ein Fünftel der Kinder leidet an Ernährungsdefiziten und ein Drittel der Menschheit unter Blutarmut.

Dass das Elend der Welt weder Schicksal noch Zufall, sondern das Ergebnis des globalen Kapitalismus ist, wird deutlich, sobald alternative Verteilungsmodi des Reichtums ins Spiel gebracht werden. "Wenn man den 225 reichsten Menschen der Welt 4 Prozent ihres Vermögens nähme, könnte man mit dieser Summe laut UN-Angaben problemlos den Grundbedarf der Weltbevölkerung an Nahrung, Trinkwasser, Bildung und Gesundheit

sichern. Die allgemeine Befriedigung der Gesundheits- und Nahrungsbedürfnisse würde jährlich nur 13 Milliarden Dollar kosten, das ist knapp so viel, wie die Einwohner der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union pro Jahr für Parfum ausgeben".¹

Wird sich angesichts dieser Verwerfungen in drei oder fünf Jahren noch jemand finden, der freiwillig zugäbe, jemals daran geglaubt zu haben, dass globale Märkte die alternativlose und optimale Organisationsform der Weltökonomie darstellen? Werden die Chicago Boys, die Hohepriester jener weltumspannenden Glaubensgemeinschaft des "rational", einzig der fröhlichen Maximierung des Eigennutzes verpflichteten "calculators", die gestern noch in allen Winkeln der Erde nutzenmaximierend lokale Eliten missionierten, widerrufen?² Ließen sich die 225 Einkommensmilliardäre wirklich „zwanglos“ davon überzeugen, mit anderen zu teilen, was sie - im doppelten Sinne des Wortes - redlich verdient haben? Oder ist es nicht vielmehr auch so, dass der gegenwärtige Kapitalismus als Chiffre für die welthistorisch größte und erfolgreichste soziale Bewegung zu lesen ist, die ihre Anhängerschaft nicht nur täglich vergrößert, sondern selbst in den Kulturen der Armut verzweifelte Hoffnung zu schaffen vermag?

Unabweisbar rückt in dieser Gemengelage globalisierungsbedingter Disparitäten die nur allzu bekannte Thematik sozialer Gerechtigkeit erneut ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Ich möchte deshalb der Frage nachgehen, unter welchen Bedingungen wir über aussichtsreiche Formen von Verteilungsgerechtigkeit noch nachdenken können und einige Überlegungen zur Diskussion stellen, wie diese Formen organisatorisch umgesetzt und alltagspraktisch bedeutsam gemacht werden könnten. Die Formel von der notwendigen "Zivilisierung der ökonomischen Eliten" unterstellt, dass wir es mit Ent-Zivilisierungsprozessen zu tun haben, die den einmal erreichten und in den wohlfahrtsstaatlichen Demokratien institutionalisierten Stand des Interessenkompromisses konkurrierender Gruppen bewusst unterlaufen, indem sie antisoziales Verhalten ökonomisch, politisch und kulturell prämiieren. Unter Zivilisierung dagegen möchte ich in diesem speziellen Kontext eine Theorie der Praxis verstanden wissen, die das mutwillig zerrissene Band zwischen Eigeninteressen und Gemeinwohlorientierungen durch neue und verantwortungsethisch motivierte Bindungen zu ersetzen versucht.

II.

Seit Mitte der siebziger Jahre gibt sich eine durch die Transnationalisierung der Waren-, Finanz- und Kulturmärkte unterfütterte Entwicklung zu erkennen, in der gesellschaftliche Leitsemantiken, moralische Codes und gemeinsam geteilte Wissensbestände erodieren, durch neue Weltbildstrukturen ersetzt oder doch fundamental transformiert werden. Der Soziologisierung des gesellschaftlichen Wissens, die die kulturelle Modernisierung der sechziger und siebziger Jahre prägte, folgte jene alternativlose Ökonomisierung des Wissens, mittels derer „Gesellschaft“ und „Staat“ nun der exklusiven Definitionsmacht des „Marktes“ unterstellt werden. Nicht nur globale Akteure, sondern auch nationale Regierungen, nicht nur intermediäre Organisationen, sondern auch Herr und Frau Je-

1 Ignacio Ramonet, Den Hunger planen, in: Le Monde diplomatique, November 1998, S.1.

2 "If social scientists are secular priests, Chicago school economists have become missionaries". Alan Wolfe, Whose Keeper?, Berkeley 1989, S.36.

dermann scheinen in ihren Erwartungen und Handlungsorientierungen nun einer wissenschaftlichen Weltanschauung verpflichtet, für die das rational kalkulierende, nutzenmaximierende Individuum das anthropologische und der Markt das organisatorische Optimum eines allgemeinen Glücksversprechens sind, das freilich nur wenige zu realisieren vermögen. Dass die Ökonomie, insbesondere in ihrer Chicagoer Ausprägung, zur Leitdisziplin des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts und gleichzeitig zum Auslöser einer mentalen Revolution werden konnte, die bis in die Alltagsorientierungen Grundmotive marktrationalen Verhaltens verankert, hat mit der normativen Kraft des Faktischen zu tun, die ökonomische Eliten (und nationale Regierungen), dadurch, dass sie diesen Skripten folgen, selber schaffen.

Die "kollektive Konversion zur neoliberalen Sichtweise"³ ist Bedingung und Folge einer totalisierenden Fiktion: Man erklärt den Wirtschaftsliberalismus zur notwendigen und hinreichenden Bedingung politischer Freiheit und setzt so Staatsinterventionismus mit Totalitarismus gleich; man reserviert Effizienz und Modernität für die Wirtschaft, Archaismus und Ineffizienz für den öffentlichen Dienst; man favorisiert den "Kunden" und "Konsumenten" und verschweigt den Verbraucher und Bürger⁴; man verpflichtet nationale Regierungen auf eine Politik, staatliche Politik zu unterlassen und flüchtet doch gern in "die Bonität", wenn die Finanzmärkte kollabieren⁵; man übersetzt existentielle Unsicherheit mit "Unwürdigkeit" und findet in den "new urban underclasses" all diejenigen versammelt, die aufgrund ihrer habituellen Defizite und Sozialpathologien nicht mehr mithalten können - "Überflüssige", denen man dann scheinbar zu Recht die Teilnahme an der Mehrheitsgesellschaft verweigert. Man diskreditiert die Institutionen redistributiver Gerechtigkeit als soziale Hängematten, lässt Sozialdetektive die „guten“ von den „bösen“ Armen trennen, und auch das freiwillige Geben, die Philanthropie der Reichen und Schönen, verdankt sich weniger einer menschlichen Regung als vielmehr der Logik von Status und Repräsentation.⁶

Die "Rückbildung des Staates"(Bourdieu), die "Ent-Staatlichung" der Gesellschaft (Sassen), "downsizing" und "social dumping" sind nur einige der zentralen Strategien, die im Namen globaler Wettbewerbsfähigkeit gesellschaftlich konsensfähig geworden zu sein scheinen. Der öffentlichkeitswirksame Widerstand gegen die neoliberale Invasion ist, zumindest auf den ersten Blick, schwach und unterorganisiert. Kaum eine Nachrichtensendung, ein Kommentar, eine Talkshow oder ein Stammtischgespräch, in dem nicht letzte Weisheiten neoliberaler Weitsicht zum Besten gegeben würden.⁷ Warum aber nehmen die Menschen es hin, dass die Länder der Europäischen Union etwa in den vergangenen 20 Jahren nicht ärmer, sondern um 50 bis 70 Prozent reicher geworden sind und gleichzeitig 20 Millionen Arbeitslose, 50 Millionen Arme und 5 Millionen Obdachlose hervorgebracht haben? Warum nehmen die "realen Steuerzahler", die Lohnabhängigen, die Kleinunternehmer und Handwerker es hin, dass transnationale Unternehmen im Inland überhaupt keine Steuern mehr zahlen⁸ und dennoch die nationalen

3 Pierre Bourdieu, Das Elend der Welt. Konstanz 1998, S. 208.

4 vgl. Bourdieu, S. 209.

5 Die Verstaatlichung (sic!) der japanischen Banken wird die Steuerzahler ca 500 Milliarden Dollar kosten.

6 Vgl. Francie Ostrower, Why the Wealthy Give, Princeton 1995.

7 Erinnert sei nur an die teils hysterische, teils gehässige Reaktion der öffentlichen Meinung auf die nun gar nicht so revolutionäre Erkenntnis Oskar Lafontaine's, daß man die destruktive Ökonomie des Geldes der internationalen Finanz- und Währungsspekulation „irgendwie“ unter Kontrolle bringen müsse.

8 Vgl. Ulrich Beck, Was ist Globalisierung, Frankfurt/M. 1997, S.20.

Infrastrukturen profitabel zu nutzen verstehen? Weil, so die einfache Antwort, es sich hierbei um „Sachzwänge“ handelt, denen man handlungsstrategisch nicht beikommen kann, ohne die totalisierende Fiktion, dass heißt den moralischen Code des Marktes, fundamental zu verletzen. Sachzwangargumente sind Entmündigungsdiskurse, deren modellhafte Schönheit darin besteht, sich unentwegt selbst zu bestätigen. Wie jeder hermetische Diskurs kennt auch die totalisierende Fiktion des Marktes kein Außen; wer sich hinein begibt, kommt nicht auf andere Gedanken. Und weil, so die weniger einfache Antwort, die Adressaten scheinbar abhanden gekommen sind. Am anderen Ende der Leitung meldet sich niemand. Staat, Parteien und Gewerkschaften, jene zumindest für die europäische Sozialgeschichte zentralen Instanzen der Zivilisierung (nicht nur) der ökonomischen Eliten sind heute Teil dieser Koalition des "Sachzwangs"; auch für diese Institutionen gilt, dass der moralische Code des Marktes: das freie Spiel der Kräfte - ebenso sakrosant wie der Einsatz der Machtressourcen, denen sie ihre zivilisierenden Leistungen schließlich verdanken - tabu ist. Aber muss man tatsächlich daran erinnern, dass die politischen und sozialen Bürgerrechte keine Geschenke, sondern das Ergebnis erbitterter Kämpfe sind, die gegen Privilegienbesitzer jedweder Art geführt werden mussten? Muss man tatsächlich daran erinnern, dass der "Zwang zum Selbstzwang" institutioneller Unterfütterung bedarf, um zur "Einsicht" zu werden - eine Konfiguration, der sich die "globale Klasse" der Geldvermögenbesitzer scheinbar erfolgreich entzieht? Wo aber sind die Machtressourcen, wo die Mobilisierungspotentiale und moralischen Leidenschaften, die im Namen von Gleichheit und Gerechtigkeit dann noch ins Feld geführt werden könnten?

III.

Angesichts dieser offenen Fragen und der verbreiteten Ansicht, dass der "Staat" und die politischen Interessenorganisationen der Arbeiterbewegung ihr organisatorisches und moralisches Potential, ökonomische Eliten ins Bündnis zu „zwingen“, weitgehend eingebüßt oder aufgegeben haben, möchte ich in einer Art Gedankenexperiment drei Handlungsstrategien zur Diskussion anbieten, die nicht auf etatistische und neokorporative Politikformen, sondern vornehmlich auf gesellschaftlichen Ressourcen setzen, mittels derer der "Zwang zum Selbstzwang" auf die Tagesordnung zurückgebracht und die Machtrate gegenüber ökonomischen Eliten erhöht werden kann. Die potentielle Erhöhung der Machtrate, die in diesem Falle mit der Stärkung von Gemeinwohlorientierungen identisch gesetzt wird, soll anhand der Formel "Beschämen, Informieren, Kontrollieren" ein Stück weit ausbuchstabiert werden.

Geben bedeutet verzichten, mit anderen teilen, sich selbst etwas versagen, was man ebenso gut allein zu genießen vermöchte⁹. Freiwilliges Geben ist eine Handlungsoption, die, weil sie die Anerkennung eines moralischen Codes voraussetzt, nur über die Institutionalisierung dieses Codes chancenreich wird. Soziale Gerechtigkeit aber, obwohl im moralökonomischen Haushalt wohlfahrtsstaatlicher Demokratien stark institutionalisiert

9 Vgl. Helmut Berking, Schenken. Zur Anthropologie des Gebens, Frankfurt/M. 1996

siert,¹⁰ erreichte nie das Niveau einer von allen geteilten moralischen Obligation. Die Vorteile der Einen waren immer die Nachteile anderer. Der Markt kennt weder "Ehre" (Max Weber) noch schlechtes Gewissen; meritokratische Grundüberzeugungen legitimieren nicht nur ökonomische Ungleichheit. Sie gehen auch mit vielfältigen Formen sozialer Missachtung einher. Folgt man neueren Untersuchungen über die Auswirkungen sozialer Ungleichheiten und das Entstehen neuer Armutskulturen, dann haben sich die sozialintegrativen Potentiale und moralischen Codes unserer Gesellschaften im Zuge der letzten Dezennien noch einmal erheblich vermindert. Claus Offe spricht mit Verweis auf nicht-staatliche Formen des Rassismus, der Exklusion, der Dezivilisierung und Gewalt von "Mikro-Naturzuständen", die durch die "Erosion von lebensweltlichen Kategorien wie Alltagsgesittung, Stil, Anstand, moralische Sensibilität, von internalisierter Disziplin und zivilisatorischen Hemmungen" ausgelöst werden.¹¹ Verhaltensdispositionen, die gestern noch durch den Zwang zum Selbstzwang und durch Formen sozialer Missbilligung unter Kontrolle gehalten wurden, erreichen immer häufiger das Niveau alltagspraktischer Normalität, das sich weder durch staatliche Programme noch durch rechtliche "Rahmungen" absenken lässt. Die Zivilisierung der Entzivilisierten nämlich bedarf genau jener Alltagsgesittung, durch deren Erosion asoziales Verhalten chancenreich wurde. Hier setzen die Überlegungen zum zivilisierenden Potential des Beschämens an.

Strategien der Beschämung reagieren auf die Verletzung des moralischen Codes von Gruppen und Kollektiven. Sie sind schwache, aber wirkungsvolle Optionen, Standards der Alltagsgesittung in Erinnerung zu rufen und vielleicht sogar zu erzwingen. Kreuzberger Schulkinder, die die unvermeidlichen Kothaufen mit roten Fahnen markieren, auf denen die Namen und Adressen der Hundebesitzer zu finden sind, folgen der richtigen Intention, dass man Wirkung dadurch erzielt, der „Verantwortung“ einen Namen, ein Gesicht, eine Adresse zu geben. Rücksichtslosen Immobilienspekulanten, die sich nicht scheuen, für ein paar Pfennige mehr das Leben und die Gesundheit ihrer Mieter zu gefährden, kommt man nicht dadurch bei, dass man sie „Miethaie“ schimpft. Der Einbruch dieser schäbigen Realität in ihre zumeist auch räumlich getrennte private Lebenswelt indes mag durchaus folgenreich sein. Erst wenn der geschätzte Nachbar mit leichter Empörung zu fragen beginnt "Sagen Sie mal, sind Sie das, der..."; erst wenn die Tochter irritiert davon berichtet, dass die Freunde den Vater für das halten, was er tatsächlich ist, kurz: erst wenn signifikante Andere Normbrüche und legitime Erwartungen thematisieren, mögen neue interne Disziplinierungen und Zwänge zum Selbstzwang handlungsmotivierend zu greifen beginnen. Das Recht und die Pflicht, sich gegen Diskriminierung, soziale Missachtung, gegen Ausbeutung und unwürdige Lebensverhältnisse praktisch zu wehren, gehört zum Kernbestand dessen, was wir als "Bürgertugenden" bisher nur theoretisch zu diskutieren gewohnt sind.

¹⁰ Die einseitige Typisierung negativer Integration, die ich hier vorstelle, darf indes nicht vergessen machen, dass wir es auch in der heutigen Bundesrepublik noch mit hoch ausgebildeten Formen der Solidarität, des kollektiven Helfens, des ehernamtlichen Engagements und der nicht-staatlichen Wohlfahrt zu tun haben.

¹¹ Claus Offe, *Moderne „Barbarei“: Der Naturzustand im Kleinformat*, in: Max Miller, Hans-Georg Soeffner (Hrsg.), *Modernität und Barbarei*. Frankfurt/M. 1996, S.273

IV.

Strategien der Beschämung haben Grenzen. Sie sind auf die Lebenswelten der Beteiligten, auf die Nahbereiche der Interaktion beschränkt. Um zu wirken, setzen sie Scham- und Peinlichkeitsempfinden bei denjenigen voraus, auf die sie zielen. Diese Voraussetzungen aber fallen in vielen Bereichen professionellen Handelns aus. Marktrationales Handeln auf der Basis jener berühmten Sachzwänge etwa – Massenentlassungen, Lohnkürzungen etc. zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit - bieten Beschämungsstrategien keinerlei Halt. Die Vorstände transnationaler Unternehmen entscheiden „nur“, was ökonomisch notwendig, das heißt der Rentabilität des Unternehmens zuträglich ist. Sie befinden sich zudem in einer geostrategischen Position, die es ihnen erlaubt, nationale Regierungen mit Drohungen der Auslagerung der Produktion zu wirtschaftskonformen Verhalten zu zwingen. Durch die strategische Ausnutzung der europäischen (und vielmehr noch der globalen) Lohn-, Umwelt- und Sozialversicherungsgefälle¹² gelingt es ihnen, eine Abwärtsspirale der Standortkonkurrenz in Bewegung zu halten, die beides: regionale Körperschaften und lokale Lebensstandards gegeneinander ausspielt. Die Eindämmung dieser Abwärtsspirale, die auf lange Sicht die Lebensbedingungen in ganz Europa nach unten zu drücken vermag und nebenbei jede Form transnationaler Solidarität nachhaltig schädigen würde, lässt sich nicht über Strategien der Beschämung, sondern nur über neue Organisationsformen und Bündnisse schaffen, für die Information und Wissen von zentraler Bedeutung sind.

Die Idee gründet auf der notwendigen Etablierung eines europäischen Think Tank, eines Hauptquartiers, dessen vornehmliche Aufgabe darin besteht, Informationen über geplante Auslagerungen und Standortverschiebungen zu sammeln, aufzubereiten und an lokale Initiativen weiterzugeben. Die einzige organisierte Interessengruppe, die sowohl logistisch - im Sinne der Informationsbeschaffung - als auch finanziell in der Lage wäre, einen solchen Think-Tank ins Leben zu rufen, ist die europäische Gewerkschaftsbewegung, die sich entweder zu einem Kristallisationskern transnationaler Solidaritäten entwickelt oder in der Abwärtsspirale der Konkurrenz mittelfristig aufgerieben werden wird. Das strategische Ziel besteht in der Erhöhung der Transaktionskosten der Auslagerung. Die moralische Leidenschaft aber zielt nicht auf die Stärkung national-egoistischer Interessen, sondern auf die Angleichung und Harmonisierung der europäischen Produktions-, Einkommens-, Umwelt- und Sozialstandards. Wie man das macht? Wie in der Geschichte von Hase und Igel!

Wir haben es heute auf lokaler, auf regionaler, auf nationalstaatlicher und transnationaler Ebene mit unzähligen sozialen Bewegungen, Protestorganisationen, mit Bürgerinitiativen und Parteien zu tun, in denen Millionen von Menschen gegen Armut und Missachtung, gegen Umweltzerstörung und Ausbeutung mobil machen. In solchen Kontexten werden auf der Basis lokaler Aktivitäten globale Netzwerke des Widerstands aufgebaut, die zwei strategische Ziele gleichzeitig verfolgen: den lokalen und regionalen Protest zu vernetzen und damit zu stärken und die transnationalen Organisationen zu demokratisieren. Der Igel ist gewissermaßen immer schon da. Ein Münchener Unternehmen etwa, das aufgrund der bekannten Profitabilitätsabwägungen - niedrige Löhne

¹² Ich beschränke mich auf die Europäische Union, weil 75 Prozent des Wirtschaftsverkehrs innerhalb der Gemeinschaft stattfinden und dadurch Rahmenbedingungen gegeben sind, die für eine Kontrolle jener Abwärtsspirale der Standortkonkurrenz besonders günstig erscheinen.

und Steuern, schwache oder keine Umweltauflagen etc. - nach Irland abzuwandern gedenkt, mag dort auf lokale Protestformationen, auf Umweltgruppen und regionale Körperschaften treffen, die genau jene Standards einklagen, denen das Unternehmen so verzweifelt zu entkommen versuchte. Dazu freilich bedarf es des permanenten Informationsflusses, des Kurzschlusses zwischen Think-Tank und lokalen Initiativen, des situativen Bündnisses zwischen denen, die soziale Gerechtigkeit fordern und jenen vielen, deren politisches Engagement anderen Sternen zu folgen scheint.¹³ Nur durch die informelle Vernetzung von lokalem Protest, regionalpolitischen Körperschaften und intermediären Organisationen, lässt sich die Abwärtsspirale der Konkurrenz wirkungsvoll außer Kraft setzen.

V.

Während Strategien des Beschämens und Informierens auf territorialer Präsenz, auf der Anwesenheit und Erreichbarkeit des Gegners beruhen, scheint eine andere bedeutende Gruppe globaler Schnäppchenjäger sich solcher Bedingungen erfolgreich entledigt zu haben. Geldvermögensbesitzer entziehen sich jeder Kontrolle und beeinflussen gleichzeitig das Schicksal von Millionen. Transnationale Finanzmärkte und deren Akteure konturieren heute jene Instanzen, denen gegenüber nationale Politiken rechenschaftspflichtig geworden zu sein scheinen. Saskia Sassen hat diese Tendenz im Begriff der "economic citizenship" zu fassen versucht. Nicht die Bürger, sondern Firmen und Märkte rücken verstärkt in eine Position, "where the right to vote is predicated on the possibility of registering capital".¹⁴ Geldvermögensbesitzer zerstören beides: die Fähigkeit und die Bereitschaft nationaler Politiken, Wohlfahrt durch Umverteilung zu schaffen.¹⁵ Kapital- und Steuerflucht sind direkt für die Rückbildung des Staates und die Gefährdung der Demokratie verantwortlich. Kontrolle tut Not, die dafür erforderlichen Institutionen freilich stehen (noch) nicht zur Verfügung. Und doch ist es so, dass sich auch in diesem Feld der soziale Protest zu formieren beginnt.

Mit der "Vereinigung für eine Besteuerung der Finanztransaktionen als Bürgerhilfe" (Association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens) hat eine neue Bürgerbewegung den öffentlichen Raum betreten, deren programmatische Qualität darin besteht, sich explizit der phantomhaften Existenz jener globalen Schnäppchenjäger anzunehmen und, wenn möglich, auch unter Kontrolle zu bringen. In der Gründungserklärung dieser mittlerweile nicht mehr nur auf Frankreich begrenzten Bewegung heißt es: "Die internationale Spekulation eindämmen, die Kapitalerträge besteuern, Sanktionen gegen Steuerparadiese ergreifen, die Verallgemeinerung der Pensionsfonds verhindern und (...) die Räume zurückerobern, die der Demokratie zugunsten der Finanzmärkte abhanden gekommen sind, schließlich auf allen Ebenen sich der Tendenz widersetzen, dass zugunsten der „Rechte“ von Investoren und Händlern erneut die

13 Ich habe die Dilemmata, die sich aus den unterschiedlichen Logiken von Verteilungsgerechtigkeit und symbolischen Anerkennungskämpfen ergeben, in den Gewerkschaftlichen Monatsheften 8/96 zu beschreiben versucht.

14 Saskia Sassen, *Losing Control?*, New York 1996, S.40.

15 Vgl. Birgit Mahnkopf, Soziale Demokratie im Zeichen der Globalisierung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11/98, S. 1324 f.

Souveränität von Staaten preisgegeben wird".¹⁶ Was auf den ersten Blick wie eine Ansammlung genau der globalen Probleme erscheint, die sich als "Sachzwänge" alternativlos gesetzt haben, mag bei näherem Hinsehen durchaus perspektivreich werden. Denn die Bewegung fokussiert alle Aufmerksamkeit auf globale Probleme und öffnet zugleich - gegen den Entmündigungsdiskurs des Sachzwangs - einen Horizont für Handlungsoptionen, die in regionalen und lokalen Kontexten realisiert werden können. Dass Massenbewegungen, soweit sie gelingen, historisch folgenlos sind, wird niemand behaupten. Die Einbindung und Vermittlung des „Globalismus“ in lokale Lebenswelten jedenfalls ist die Bedingung der Möglichkeit, Mobilisierungspotentiale und Machtressourcen freizusetzen, von denen nicht abzusehen ist, ob sie nicht doch zur Schaffung jener institutionellen Arrangements beitragen, die über die Macht und die demokratische Legitimation verfügen, globale Finanzmärkte unter ihre Kontrolle zu bringen. Schließlich ist es Zeit, auch daran zu erinnern, dass die ökonomische Willfährigkeit nationaler Politiken selbst eine politische Entscheidung ist, die immer auch korrigiert werden kann.

"Diejenigen, deren Herzen sich niemals den Gefühlen der Menschlichkeit öffnen", heißt es bei Adam Smith, "werden ebenso von den Neigungen all ihrer Mitgeschöpfe ausgeschlossen, und es wird ihnen gewährt, inmitten der Gesellschaft zu leben wie in einer großen Wüste, wo es niemanden gibt, der sich um sie kümmert oder nach ihnen fragt". Dazu freilich bedarf es noch vielfältiger zivilisierender Anstrengungen, die über die Formel von „Beschämen-Informieren-Kontrollieren“ hinausreichen.

16 Vgl. Die Attac-Bewegung, in: Le Monde Diplomatique, Nov 1998, S.6.